

Vor der Bundestagswahl befragt die SZ in einer Reihe  
von Interviews Spitzenpolitiker der Bundestagsparteien.  
Wir führen die Serie fort mit Otto Schily von den Grünen

I 106E05 1

# Herr Rau hält uns für die Schmuddelkinder der Nation

Die Grünen: Ausstieg aus der Kernenergie und Abzug der Raketen  
als Bedingung für Stützung einer SPD-Minderheitsregierung

Das Interview führten Klaus Dreher und Josef Joffe

*SZ: Herr Schily, Sie waren zu Beginn der Legislaturperiode Abgeordneter des Bundestags, stehen jetzt auf der nordrhein-westfälischen Landesliste auf Platz 2 und hoffen, in den Bundestag zurückzukehren. Würden Sie sich gern in einer Situation sehen, in der Sie mit der SPD Verhandlungen über die Wahl eines sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten führen könnten?*

Schily: Ja, natürlich.

*SZ: Würden Sie in solche Verhandlungen mit einem Sachprogramm gehen?*

Schily: Ja, wir würden Gespräche aufnehmen, wobei wir gewiß nicht davon ausgehen, daß im Januar eine rot-grüne Regierung, falls eine zahlenmäßige neue Mehrheit zustande kommt, aus dem Hut gezaubert werden kann. Das kann seriöserweise niemand erwarten. Deshalb können wir uns vorstellen, daß wir zunächst eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten für eine Weile tolerieren auf der Grundlage bestimmter Bedingungen, und zwar Ausstieg aus der Kernenergie und Abzug der Pershing II und Cruise Missiles. Erschwert werden Gespräche mit den Sozialdemokraten dadurch, daß ungewiß ist, ob sie sich in der Regierungsverantwortung an den programmatischen Aussagen orientieren, die sie in der Opposition gemacht haben. So daß wir nicht so ohne weiteres optimistisch sein können, daß ein sozialdemokratischer Bundeskanzler, wenn er denn zur Wahl stünde, auf die genannten Bedingungen eingeht.

*SZ: Wie würde das funktionieren?*

Schily: Anstatt, wie Herr Rau, krampfhaft nach Programmpunkten zu suchen, bei denen eine Verständigung zwischen SPD und Grünen vorerst nicht in Sicht ist, wäre es besser, wenn beide Seiten in aller Gelassenheit und Ruhe sich zusammensetzten und Gespräche über Inhalte einer möglichen Zusammenarbeit führen. Solche Gespräche mögen meinethalben einen Zeitraum von einem halben bis zu einem Jahr beanspruchen. Im Rahmen solcher Verhandlungen läge programmatisch alles auf dem Tisch. Unser ge-

samtes Bundesprogramm, das Programm zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft einschließlich unseres Konzepts zum sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. Wir werden dann sehen, was paßt zusammen, was paßt nicht zusammen mit den Vorschlägen der SPD. Ich bin überzeugt, es wäre durchaus möglich, aus den unterschiedlichen Programmen von Grünen und Sozialdemokraten ein verlässliches und solides Regierungsprogramm zustande zu bringen.

*SZ: Sie sagten eben, die SPD macht, wenn sie in der Regierung ist, nicht das, was sie in der Opposition verspricht. Würden Sie denn für die Grünen beanspruchen, daß die genau die Regierungspolitik betreiben würden, die aus ihrem Programm ablesbar ist?*

Schily: Nein, das können wir nicht verlangen, weil wir nicht allein die Mehrheit haben. Ich kann das jedenfalls aus realpolitischer Sicht nicht anders beurteilen. Daß wir aber nicht nur die Blumendekoration sein wollen für alte verfehlte sozialdemokratische Politik, daß wir in der Substanz etwas verändern wollen, daß wir eine andere Entwicklungslogik in Gang setzen wollen, werden Sie wohl verstehen. Vor allem das Feld der Energiepolitik wäre dafür besonders attraktiv. Nicht allein aus ökologischen Gründen ist der harte Weg der Energiepolitik, der heute weiter vorangetrieben wird, unheilvoll, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen.

*SZ: Wie verträgt sich eine Koalitionsregierung mit dem klassischen Slogan der Grünen: „Wir wollen eine andere Republik?“*

Schily: Das verträgt sich ausgezeichnet, weil wir die Inhalte der Politik radikal verändern wollen. Insofern gibt es übrigens keinen grundsätzlichen Gegensatz in den verschiedenen Strömungen der Partei. Neue Inhalte selbstverständlich im Rahmen des Grundgesetzes und unter ausdrücklicher Bejahung parlamentarischer Demokratie. Was andererseits nicht heißt, daß wir dort, wo Demokratiedefizite vorhanden sind, diese nicht beheben wollen. Wir sind ja für den Ausbau

Quelle

Datum

der Demokratie, sei es in Form der plebiszitären Komponente, sei es in der Form, daß wir die Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv zu engagieren, nicht behindern, sondern im Gegenteil dafür bessere Instrumente schaffen wollen.

**SZ:** Das Problem ist doch, daß hier eine sehr kleine Partei mit einem Stimmenanteil von zwischen fünf und acht Prozent...

**Schily:** Das kann sich ja alles noch vermehren.

**SZ:** ... ein sehr großes, sehr radikales Programm durchsetzen will. Wie schafft man das angesichts des demokratischen Regelwerks?

**Schily:** Die Politik findet ja nicht nur in den Parlamenten und im Staat statt. Politik entwickelt sich aus einem geistigen, kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld, und die Grünen sind ja auch nicht aus heiterem Himmel entstanden. Dem ist eine lange gesellschaftliche Entwicklung vorausgegangen, die radikal-demokratische Strömung, die ökologische Bewegung, die vielen sozialen Bewegungen, die Frauenbewegung...

**SZ:** Besteht nicht die Schwierigkeit darin, daß die Grünen in dem Moment, in dem sie Regierungsverantwortung übernehmen, nicht nur Handlungsweisen, sondern auch Sprachgebrauch derer übernehmen, die sie „Altparteien“ nennen. Zum Beispiel Joschka Fischer, der immer von der „Erblast“ spricht, ein sonderbares Wort.

**Schily:** Ich glaube, man muß sich die Worte nicht enteignen lassen.

**SZ:** Sie nennen ihn Müllkutscher?

**Schily:** Ich habe gesagt, er muß sich als Müllkutscher betätigen, weil er die „Erblast“ des Chemiemülls übernommen hat. Er muß die Schäden beheben, die andere angerichtet haben. Seine Aufgabe wäre leichter, wenn wenigstens die Forderung der Grünen nach einem sofortigen Herstellungsverbot für hochgiftige Stoffe verwirklicht würde. Leider ist der politisch-rechtliche Handlungsspielraum auf Landesebene relativ gering.

**SZ:** Sie müssen sich an die Gesetze halten.

**Schily:** Man kann sie ändern, auf Bundesebene.

**SZ:** Dafür braucht man Mehrheiten.

**Schily:** Ja, deshalb versuchen wir, dort Mehrheiten zu finden, wo sich die SPD uns zögernd programmatisch nähert. Daß wir als Minderheitspartei auch in der Politik auch eine andere Qualität hineinbringen können, das ist doch nicht so erstaunlich. Wenn es uns gelänge, in einem Bündnis mit der SPD soviel an Programmatik durchzusetzen, wie es die FDP verstanden hat, FDP-Programmatik in der sozial-liberalen Koalition durchzupowern...

**SZ:** Sie sprachen aber von einer anderen Qualität. In Demokratie zählt vorweg die Quantität. Wer hat die Mehrheit?

**Schily:** Ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, in der Demokratie ist das Wichtigste die Mehrheit. Die Mehrheitsentscheidung gehört zur Demokratie. Das ist ohne Frage der Grundkonsens, aber zur Demokratie gehört auch der Respekt vor der Minderheit. Davon abgesehen: Mehrheiten setzen sich häufig aus Minderheiten zusammen. Im übrigen sollte eine Mehrheit sich in einer politischen Sachfrage auch unmittelbar durch einen Volksentscheid artikulieren können.

**SZ:** Muß man dazu das Grundgesetz ändern?

**Schily:** Nein. Aber das ist unter Verfassungsjuristen umstritten. Um einen beliebigen Einwand vorwegzunehmen, damit drohe die Wiederein-

führung der Todesstrafe: Ein Volksentscheid vermag nicht mehr als der parlamentarische Gesetzgeber. Die Abschaffung der Todesstrafe gehört zum Kern der Verfassung, das ist unverrückbar wie die Grundrechte. Das kann kein Volksentscheid ändern.

**SZ:** Sie haben keine Angst vor demagogischen Situationen – vor plötzlichen Stimmungsumschwüngen, die dann plötzlich Gesetz werden?

**Schily:** Deshalb haben wir ein Bundesabstimmungsgesetz konzipiert, das eben nicht eine emotionale Augenblicksentscheidung begünstigt. Zwischen Einleitung eines Volksbegehrens bis hin zum Volksentscheid soll eine relativ geräumige Frist sein, und es soll dafür gesorgt werden, daß auch in der Informationsphase beide Seiten sich Gehör verschaffen können.

**SZ:** Nun scheint es, als mißtraue die SPD Ihren Absichten. Nehmen wir nur Willy Brandt vorige Woche im Bundestag. Er sagt, die Fundamentalisten in Ihrer Partei böten eine Art grüner Version der Straußschen Sonthofen-Strategie an. Das heißt, er hegt den Verdacht, daß sich die Grünen als Demagogen betätigen, um die Wähler zu verführen.

**Schily:** Was heißt verführen?

**SZ:** Verführen mit klingenden Begriffen, herrlichen Worten, wunderschönen Zielen, aber in Wirklichkeit mit anderen Absichten.

**Schily:** Das sind ja nun zweierlei Dinge: Eine grüne Sonthofen-Strategie, gegen die bin ich auch. Ich bin ja Realpolitiker, wie Sie wissen, und fühle mich schon deshalb nicht von Herrn Brandt angesprochen. Aber ich muß auch die pauschale Kritik an den Fundamentalisten zurückweisen. Nicht, daß ich nicht hie und da Kritik zu üben hätte. Die Skepsis der Fundamentalisten gegenüber der SPD ist jedoch sehr berechtigt, einer SPD, die zwar schöne Überschriften fabriziert, aber inhaltlich die Grundstrukturen unverändert lassen will. Angesichts der gigantischen Dimensionen der aktuellen Gefahren können wir uns nicht mit Beruhigungspillen oder sozialdemokratischer weißer Salbe begnügen. Wir werden uns auch nicht mit der bloßen Reparatur von Umweltschäden zufriedengeben. Grüne Politik erschöpft sich nicht darin, den Müll, der produziert wird, irgendwie möglichst sicher zu verteilen und zu deponieren. Das reicht nicht und darin sind sich Fundamentalisten und Realpolitiker einig. Aber wenn schon von Sonthofen gesprochen wird: Was will denn Herr Brandt? Will er die CDU assistieren bei der Fortsetzung ihrer umweltzerstörerischen Politik? Warum sperrt er sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Grünen? Wir sind sicherlich ein unbequemer Partner, aber wenn eine neue Politik begonnen werden soll, sind die Grünen dafür unerlässlich.

**SZ:** Wie ist es mit Johannes Rau?

**Schily:** Herr Rau muß sich ebenso fragen lassen, mit wem will er das von ihm anvisierte Programm realisieren: Kündigung des SDI-Abkommens, Ausstieg aus der Kernenergie, Rücknahme der Sozialkürzungen usw. In der Großen Koalition mit der CDU etwa? Das Problem von Herrn Rau ist seine Dialogunfähigkeit gegenüber den Grünen. Er hält uns offenbar für die Schmutzkinder der Nation und geniert sich, mit uns zu sprechen. Da ist selbst die CDU zum Teil schon weiter, wenn Sie an die Äußerungen von Herrn Biedenkopf denken.

**SZ:** Sie haben zu Recht gesagt, es dürften weltweit keine Kernkraftwerke mehr betrieben wer-

2

Quelle

Datum

den, um das Problem wirklich zu lösen. Das wäre ein sehr großer Brocken für eine kleine Partei und für ein kleines Land. Heißt das eigentlich, daß wieder der Rest der Welt am deutschen Wesen genesen muß?

Schily: Nein. Erstens gibt es doch schon eine ganze Reihe von Ländern, die auf Kernkraft verzichten. Zweitens ist das ein unangebrachter Vergleich.

**SZ: Warum?**

Schily: Wir Grüne wollen uns ja gerade von diesem Größenwahn der Deutschen absetzen. Wenn es uns gelänge, als ein hochindustrialisiertes Land zu beweisen, daß man aus der Atomenergie aussteigen kann, ohne daß für die Wirtschaft dabei Nachteile entstehen, ohne daß deshalb Konsumverzicht geleistet werden muß, sondern daß sogar wirtschaftliche Vorteile entstehen, dann wäre das sicherlich ein Beitrag zur Auflösung einer starren Fixierung auf die Atomenergie ...

**SZ: ... Sie können trotzdem nicht das Tschernobyl-Problem bereinigen, indem Sie nur in Deutschland die Kraftwerke abschalten.**

Schily: Nein, das bestreite ich ja überhaupt nicht.

**SZ: Und die Franzosen und die Sowjetunion werden Ihnen diesen Gefallen nicht tun, auf Grund des deutschen geistigen Fortschritts ihre Kraftwerke abzuschalten. Da bleiben wir als eine kernkraftlose Insel ...**

Schily: ... Ihren Pessimismus teile ich nicht. Von den 24 Mitgliedsländern der westlichen Staatengemeinschaft OECD haben ja elf auf Atomenergie verzichtet. Die Skepsis gegenüber der Sowjetunion ist sicherlich angebracht, um so mehr, als wir mit unserer Kritik an der Kernenergie bei unseren jüngsten Gesprächen in Moskau auf taube Ohren gestoßen sind. Und Sie wissen, die Warschauer-Pakt-Staaten haben sogar einen Ausbau der Kernenergie beschlossen.

**SZ: Eben.**

Schily: Das ist völlig richtig. Aber wir können einen Glaubwürdigkeitsgewinn erreichen, wenn wir beweisen, daß eine Industriegesellschaft auch ohne Kernenergie auskommen kann. Das wird sowohl im Westen als auch im Osten Resonanz finden.

**SZ: Sie sprechen vom einseitigen Beispiel, mit dem die Deutschen vorangehen und verknüpfen damit die Hoffnung, die Welt sozusagen am „deutschen Beispiel“ genesen zu lassen. Gilt das auch für einseitige Abrüstung?**

Schily: Ich denke keineswegs national borniert, sondern wir meinen, daß Europa, speziell Mitteleuropa, eine eigenständige Politik beginnen muß.

**SZ: Ist einseitige Abrüstung Sicherheitspolitik?**

Schily: Wir sind der Meinung, daß kalkulierte einseitige Abrüstungsmaßnahmen sinnvoll und besser geeignet sind als kalkulierte einseitige Aufrüstung.

**SZ: Nehmen wir aber an, Ihre Rechnung geht nicht auf. Was dann?**

Schily: Das Risiko ist sehr viel kleiner als das Risiko einer einseitig kalkulierten Aufrüstung. Die Overkill-Kapazität auf der gesamten Welt, mit der wir die Menschheit mehrfach vernichten können, ist keine Sicherheit.

**SZ: Die NATO rüstet seit etwa vier Jahren einseitig nuklear ab. Es sind seit 1979 etwa 2000 ato-**

mare Sprengköpfe aus Europa verschwunden. Hat die Sowjetunion gleichgezogen?

Schily: Aber die NATO hat während dieser Zeit insgesamt gewaltig aufgerüstet, das können Sie doch nicht als einseitige Abrüstung ausgeben, auch nicht mit derlei Zahlenspielerien. Substantielle Abrüstung ist bisher nicht in Gang gekommen. Wir sollten Abrüstung gezielt fördern, statt sie zu bremsen. Wobei wir nicht einfach die Sowjets nachplappern. Deshalb haben wir uns in Moskau gegen ein Junktim ausgesprochen zwischen SDI und Null-Lösung im Mittelstreckensbereich, obwohl wir das SDI-Projekt ablehnen.

**SZ: Füllt Ihnen ein historisches Beispiel ein, wo einseitige Schritte einen „Engelskreis“ der gegenseitigen Abrüstung erzeugt haben?**

Schily: Ich werde Ihnen mit einer Gegenfrage antworten: Nennen Sie mir ein historisches Beispiel, wo Aufrüstung zu Abrüstung geführt hat.

**SZ: Sie kennen also kein Beispiel für derlei „Engelskreise“?**

Schily: Ich glaube schon, daß es Beispiele gibt, ich muß da nur etwas in meinem Gedächtnis kramen. Ich wiederhole: Wo hat einseitige Aufrüstung zur Abrüstung geführt?

**SZ: Historisch weiß man nur, daß Aggressoren angegriffen haben, wenn sie entweder ein wirkliches Übergewicht auf ihrer Seite hatten oder glaubten, eine Übermacht zu besitzen.**

Schily: Sie machen einen Fehler bei Ihren historischen Ausflügen, weil Sie versuchen, historische Situationen zu vergleichen, die nicht vergleichbar sind.

**SZ: Warum gilt das jetzt nicht mehr?**

Schily: Wenn es heute zu Konflikten kommt, gibt es keinen Sieger, kann es keinen Sieger mehr geben.

**SZ: Die Abschreckung funktioniert also?**

Schily: Ja, das scheint so, das ist aber eine sehr punktuelle Betrachtungsweise. Ich gebe zu, das ist ein verführerischer Gedanke: Wenn ich die Drohung so steigern bis ins Unermeßliche, habe ich den Krieg endgültig stillgelegt. Nur, dieser Gedanke geht deshalb nicht auf, weil er ja mit einem Dilemma fertig werden muß. Die Abschreckung funktioniert natürlich nur, wenn sie eine Kriegführungsoption enthält. In dieser Spirale erreicht die Bedrohung eben irgendwann eine Dimension, wo es tatsächlich explodiert. Wollen Sie dieses Risiko ernsthaft in Kauf nehmen?

**SZ: Zum Schluß eine Frage über Ihr Verhältnis zu Ihrer Partei: Sie haben kürzlich gesagt, daß Sie beim Eintritt Ihren Kopf nicht an der Garderobe abgegeben hätten, und daß Sie auch kein grüner Apparatschik sein wollten. Wo denken Sie weiter – oder anders als Ihre Partei?**

Schily: Zum Beispiel im Bereich Sicherheitspolitik. Anstatt dieser abstrakten Formel des Austritts aus der NATO, die ich nicht für operabel halte – es wäre bedenklich, wenn die Bundesrepublik ein fluktuierendes Gebilde zwischen den Blöcken wird –, habe ich ein Konzept einer mitteleuropäischen Friedensunion entwickelt, einer blockübergreifenden Struktur, bei der die mitteleuropäischen Nachbarstaaten nicht aus ihren Paktsystemen ausscheren, sondern eine blockübergreifende Abrüstungscooperation beginnen. Das könnte den Weg zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Auflösung der beiden Militärblöcke ebnet.